

Gesetzlich nachbessern

Drei Wochen aufs Auto verzichten: „Stadtradeln beginnt“, FR-Region, 2.6.

Anlässlich des Weltfahrradtages am 3. Juni haben Untersuchungen gezeigt, warum das Fahrrad in Deutschland vielerorts noch nicht massenhaft eine Alternative bei der Verkehrsmittelwahl ist. Eine Untersuchung zeigt, dass im Bewusstsein der meisten Menschen mit dem Auto auch Strecken bis zu zwei Kilometern schneller zurückgelegt werden können (Weser-Kurier), und eine andere, dass die Menschen sich auf dem Fahrrad nicht sicher fühlen, da sie sich zu oft mit Kfz die Fahrbahn teilen müssen (FR). Beide Untersuchungen zeigen, dass es an einem geschlossenen, komfortablen und sicheren Radwegenetz und an sicheren Abstellanlagen mangelt.

Warum haben die Kommunen dies nach vielen Jahren mehr oder weniger Unterstützung durch Bund, Land und Landkreis nicht besser hingekriegt? Für mich liegen die Antworten auf der Hand:

Die Radverkehrsinfrastruktur ist eine freiwillige Aufgabe, bei der die ärmeren Kommunen zuerst sparen müssen. Die Infrastruktur für alle anderen Verkehrsmittel ist eine Pflichtaufgabe. Hier müsste gesetzlich nachgebessert werden. Es fehlt ein Bewusstsein für die Stärken des Fahrrads in Alltag und Freizeit, und es dominiert immer noch der nicht hinterfragte Vorrang des Kfz-Verkehrs auf allen Strecken in den Köpfen der Planer, Kommunalpolitiker und der allermeisten Bürger, die immer mehr und immer größere Autos kaufen.

Bis hin zur Verkehrswende ist es ein sehr langer Weg. Der Wendepunkt ist nicht in Sicht. Wir alle fahren immer weiter wider besseren Wissen geradewegs unseren Erdball gegen die Wand.

Ullrich Horstmann, Gudensberg

Weit weg im nahen Osten

Zu: „Die Welt des Apfelweins“, FR-Region vom 7. Juni

Ein Museum für den Apfelwein mag in Frankfurt fehlen (arme Metropole!). Nicht so in Frankfurts nahem, für die FR freilich weiten Osten. Denn in Hanau existiert längst das Gerippte Museum – Raum für Apfelweinkultur. Samt größtem Bembel der Welt ist es zentral am Heuemarkt zu finden. Und maßgeblicher Antreiber desselben ist Jörg Stier. Er wird im Artikel bloß als Kelterer bezeichnet. Dabei betreibt er zusammen mit dem Gerippten Museum gleich nebenan auch einen „Apfelweinladen für ganz feine Zungen“ in einem Gebäude. Also: Neun-Euro-Ticket nutzen und auf nach Hanau zum Stöffchen-Tasting samt Apfelwein-Kulturgenuss mit Führung.

Joachim Haas-Feldmann, Hanau



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220620

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Zero Rights? – Menschenrechtsverletzungen und internationale Solidarität bei Coca-Cola“. Mit Susanne Uhl (Gewerkschaft NGG), Johann Botella (Coca-Cola Europacific Partners Deutschland), Enrico Somaglia (European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions), Ansaar Khaliq (International Union of Food, IUF) Keine Anmeldung, Eintritt frei. Livestream: youtube.de/hausamdrom
Dienstag, 21. Juni, 18 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht über den Kampf gegen rechtes und völkisches Denken in der Arbeitswelt mit dem Soziologen Klaus Dörre und Guido Zeitler, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft NGG.
Freitag, 24. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen politischen Themen. Livestream: www.fr.de/hebelstunde
Freitag, 30. Juni, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Quer durch Wald und Wiese

Zu: „Aktionen gegen Autobahnausbau“, FR-Region vom 10. Juni

Eine Politik für immer mehr Verkehr

Das Bündnis Verkehrswende führt zur Zeit drei Veranstaltungen verdienstvoll gegen den Autobahnausbau durch. Hoffentlich wird dort endlich auch über die Ursachen des hohen Verkehrsaufkommens geredet: den ungehemmten Hochhausbau nach dem Frankfurter Landrecht. Durch Four und Millennium Tower kommen 8000 neue Pendler in allernächster Zeit dazu. Und dann sind weitere Hochhäuser zu erwarten.

Bisher wurde beim Bündnis Verkehrswende wie auch beim Masterplan Mobilität des Magistrats nur über Details geredet. Sind selbstfahrende Autos nicht schön? Soll ein Stück Autobahn gebaut werden? Dasselbe Muster der Information, das kann man den Investoren und den Politikern nur sagen, habt ihr gut hingekriegt: Die Bürger sind beschäftigt, und wir bauen in Ruhe ein Hochhaus nach den anderen.

Wann merken die Bürgerinitiativen, welches Geschäft sie da betreiben? Hat sich das Bewusstsein der Frankfurter Bürger gegenüber den Zeiten des Häuserkampfes, wo es um die Ursachen ging, so verändert? Sind Partys wichtiger als Demonstrationen? Wäre da nicht „Fridays for Future“, könnte man alle Hoffnungen auf einen Systemwechsel fallen lassen.

Im Übrigen: Was uns die Politiker, die Presse und willfähige Wissenschaft als „ökologisch“

oder „Ökologie“ verkaufen, hat mit den Grundfunktionen einer Ökologie als eigener Wissenschaft nichts zu tun. Aber das ist ein anderes Desinformations- und Ablenkungsmanöver.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Von wegen Lückenschluss!

Tarek Al-Wazir hat mit seiner Aussagen zu den „Lückenschlüssen“ ganz bewusst etliche Ausbauprojekte verschwiegen, für die Wälder gerodet, weitere Flächen versiegelt werden müssen und die dazu beitragen, dass der Verkehr noch weiter zunimmt. Das Bundesverkehrsministerium will – Stand jetzt – fast alle Autobahnen im Rhein-Main-Gebiet in den kommenden Jahren um jeweils zwei Spuren erweitern. So ist z.B. der sechsspurige Ausbau von gleich drei Autobahnen, von A67, A5 und A60 geplant. Der Ausbau der A67, dessen Planung am weitesten fortgeschritten ist, soll auf einer Strecke von 43 Kilometern überwiegend im Wald erfolgen.

Übrigens ist eine Autobahn nicht weniger schädlich, nur weil es sich angeblich um „Lückenschlüsse“ handelt. Im Gegenteil: Die Autobahn zerschneidet. Da ist nirgendwo eine Lücke, da ist Wald, Wiese und Acker! Dinge, die wir besonders jetzt zum Überleben brauchen, denn wir können froh sein, wenn wir die Erderwärmung überhaupt noch bei zwei Grad stoppen können.

Antje Sander, Darmstadt

Vielfach verpflichtet

Offenbach: „Es ist wichtig, Einnahmen zu erhöhen“, FR-Region vom 9. Juni

Das FR-Interview mit OB Felix Schwenke befasste sich mit drei Themen, die derzeit in Offenbach Unruhe hervorrufen: Die Reduktion der Buslinie 106, der Ausfall der Offenbacher Woche und die Errichtung eines neuen Autobahnabschnitts. In allen drei Vorgängen zeigten die Antworten des durchaus fähigen Oberbürgermeisters, dass er nach Auswegen aus der berechtigten Kritik suchte: Termine zur Offenbacher Woche seien nicht bekannt gewesen, man hätte ja bereits ein wenig für die Nutzer der 106 verbessert, und der Ausbau der Straße käme eigentlich allen zugute. Dies alles geschieht unter dem fortschrittlichen Schirm der „Verkehrswende“, der sich der Offenbacher Magistrat vielfach verpflichtet hat!

Nur einen Tag später erscheint in der FR der Bericht „Verkehr ganzheitlich steuern“. Im Einvernehmen mit zwei Stadträt:innen wird eine Mitarbeiterin des Bauamts zur Leiterin eines neuen „Amtes für Mobilität“ befördert. Man muss sie unbedingt bedauern, denn auf sie kann nun alles abgeladen werden, was an Kritik den zuständigen Magistratsmitgliedern gilt. Eine schlaue, aber nicht ganz neue Maßnahme, sich aus dem Fokus berechtigter Beschwerden herauszunehmen.

Wolfgang Christian, Offenbach

Hadern oder Handeln?

Hessen: „Land unterliegt im Streit mit Ditib“, FR-Region vom 2. Juni

Déjà-vu mit Folgen? Schon wieder muss eine Regierungsbehörde durch ein Gerichtsurteil explizit dazu aufgefordert werden, ihre gesetzmäßige Pflicht zu erfüllen. War es gerade noch die Bundesregierung, die ermahnt werden musste, ihre künftige Energie- und Umweltpolitik deutlich stärker an den berechtigten Interessen folgender Generationen zu orientieren, so ist es nun die hessische Landesregierung, der das Herumeiern in Sachen islamischer Religionsunterricht juristisch auf die Füße fällt. Auch hier muss man offenbar die Verantwortlichen zum Jagen tragen.

Anders als im Fall der Umweltpolitik deutet das Gericht allerdings keine positive Handlungsanweisung für die Zukunft an, sondern erklärt lediglich die Aufkündigung der Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und der türkischen Religionsbehörde Ditib als Ausrichterin eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen formal für rechtswidrig.

Daraus ergeben sich eigentlich nur zwei mögliche Handlungsoptionen: Hadern oder Handeln. Entweder überlässt man resigniert der türkischen Regierung und ihren religionsfanatischen Drahtziehern einen Teil des Bildungsauftrags an

deutschen Schulen (und öffnet damit potenziell auch jeder anderen fremdstaatlich gelenkten Heilslehre Tür und Tor zu den Köpfen der Kinder), oder man beendet sofort *allen* bekenntnisorientierten Religionsunterricht an unseren Schulen (also auch den christlichen)! Alles andere ist weiteres Herumeiern.

Gleiches Recht und gleiche Freiheit des Denkens für alle! Es gibt keine von Geburt an religiösen Kinder, sondern nur Kinder religiöser Eltern. So wie es logischerweise auch keine christdemokratischen, sozialdemokratischen oder grünen Kinder und demzufolge auch keinen parteibekanntnisorientierten Schulunterricht gibt.

Ein religionsunabhängiges Schulfach Ethik unter Einbeziehung religionskundlicher Geschichtsvermittlung ist die einzig zeitgemäße Antwort auf den dramatischen Rückgang religiöser Bekenntnisse in der Bevölkerung einerseits (bereits jetzt unter 50 Prozent) und den zunehmenden fremdgesteuerten Religionsdruck andererseits. Aus dieser Klemme hilft nur ein konsequenter, mutiger Befreiungsschlag – für die Freiheit des Einzelnen und für die (religionsunabhängige) Würde aller Menschen. Für unsere Kinder und Enkelkinder.

Helge Nyncke, Mühlheim a.M.

Reine Privatsache

Zu: „Bischof Bätzing dringt auf Reform“, FR-Region vom 8. Juni

Wie ermutigend, dass Bischof Bätzing den Ungläubigen zuerkennt, auch ohne religiösen Glauben, also ohne eine göttliche Allmacht, ein verantwortliches Leben führen zu können.

Diese Arroganz war mir schon immer zuwider. Welches Vertrauen ist denn durch den Missbrauch von Minderjährigen enttäuscht oder zerstört worden? Das Vertrauen in einen fiktiven Gott oder in die Menschen? Was hat die sexuelle Störung von Priestern mit dem Glauben zu tun? Sie sind krank und gehören bestraft. Bätzing wäre dennoch ein Mensch aus dem Glaubensbereich, der die Religion und damit auch die Kirche in eine neue gesellschaftliche Position bringen könnte. Er sagt: „Gott, es gibt dich“, weil er will, dass es einen Gott gibt. Darauf basiert überhaupt die Existenz eines Gottes: Glaube, nicht Wissen. Eine solche Stellung ist einer Diskussion, ob es Gott gibt oder nicht, nicht zugänglich. Wenn keiner mehr an einen Gott glaubt, gibt es ihn nicht mehr. Deshalb ist der Glaube reine Privatsache. Der Einfluss auf das gesellschaftliche Leben ist auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Uwe Thoms, Frankfurt